

Eingangsdatum:

Antragsdatum:

GZ.:

Antrag des Arbeitgebers

auf Gewährung von Leistungen nach- § 185 SGB IX Sozialgesetzbuch - Neuntes Buch - i. V. m. § 15
Schwerbehinderten – Ausgleichsabgabeverordnung (SchwbAV)

Zur Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen für schwerbehinderte Menschen

Allgemeine Angaben des Antragstellers

Falls Zweigbetrieb bitte auch Hauptsitz angeben

Arbeitgeber/in:

Betriebsnummer:

von der Agentur vergebene Nummer

Anschrift Hauptsitz:

Anschrift Zweigbetrieb:

(nur ausfüllen, wenn der behinderte Mensch im Zweigbetrieb beschäftigt wird bzw. werden soll)

Telefonnummer:

Name der verantwortlichen Person:

(Name, Vorname, Telefonnummer, E-Mail von Geschäftsführer/in, Vorstandsvorsitzende/r, o.ä.)

Schwerbehindertenvertrauensperson:

(Name, Vorname, Telefonnummer, E-Mail)

Vorsitzender des Betriebs-/ Personalrates:

(Name, Vorname, Telefonnummer, E-Mail)

Anzahl der Beschäftigtenverhältnisse:

im Gesamtunternehmen § 156 SGB IX (aktueller Stand):

(mindestens 18 Stunden wöchentlich, ohne Ausbildungsplätze, ohne Rechtsreferendare)

Davon schwerbehinderte Menschen /

behinderte Menschen die nach § 151 (3)

SGB IX gleichgestellt sind:

Ergänzungen: (z.B. Mehrfachanrechnungen durch die Agentur für Arbeit)

Bisher wurden von uns Aufwendungen für die behinderungsgerechte Ausstattung von Arbeitsplätzen u.ä. in Höhe von

ca. _____ €

erbracht, für:

An diesen Kosten haben sich beteiligt:

Agentur für Arbeit

Deutsche Rentenversicherung Bund

Berufsgenossenschaft

Deutsche Rentenversicherung Brandenburg

Welche sonstigen Maßnahmen wurden zugunsten der schwerbehinderten Menschen erbracht?

Angaben zur Person des / der auf dem Arbeitsplatz zu beschäftigenden schwerbehinderten Arbeitnehmers / schwerbehinderten Arbeitnehmerin

Name, Vorname

Geburtsdatum:

Anschrift:

Beim Antragsteller beschäftigt seit: (Arbeitsvertrag in Kopie beifügen)

Wöchentliche Arbeitszeit:

Grad der Behinderung: (Ausweis oder Gleichstellungsbescheid in Kopie beifügen)

Eine Mehrfachanrechnung wurde durch die Agentur für Arbeit zuerkannt:

Ja

Nein

Ist beantragt

Die Behinderung beruht auf einem Arbeitsunfall:

Ja

Nein

Nicht bekannt

Der schwerbehinderte Arbeitnehmer / die schwerbehinderte Arbeitnehmerin bezieht

eine Berufsunfähigkeitsrente: Ja Nein Nicht bekannt

eine Erwerbsminderungsrente: Ja Nein Nicht bekannt

eine andere Rente: Ja Nein Nicht bekannt

wenn ja, welche:

Anschrift und Versicherungsnummer des Rentenversicherungsträgers:

Berufe / besondere Fachkenntnisse des schwerbehinderten Arbeitnehmers:

Jetzige Tätigkeit des schwerbehinderten Arbeitnehmers:

Arbeitslos seit:

Angaben zur Maßnahme und Begründung (ggf. gesondertes Blatt verwenden)

Beschreibung bzw. Bezeichnung der Maßnahmen:

Kosten in EUR / inkl. MwSt:

Gesamtkosten:

3 Kostenvoranschläge liegen bei

Die Kostenvoranschläge werden nachgereicht

Beratung vor Ort mit dem Sachbearbeiter / Beratenden Ingenieur

Sind behinderungsbedingte Aufwendungen erforderlich?

Ja

Nein

Finanzierungsplan

Eigenmittel (§164 SGB IX i.V.m. §15 Abs.2SchwbAV): _____

Fremdmittel: _____

Darunter Bankkredit: _____

Andere Fördermittel: _____

Besteht Vorsteuerabzugsberechtigung gemäß § 15 UstG?

Ja Nein, Nachweis beifügen (entfällt bei öffentlichen Arbeitgebern)

Wurde bei einer anderen Stelle ein gleichlautender Antrag gestellt?

Ja Nein

Die beantragte Leistung soll auf folgendes Konto überwiesen werden:

IBAN:

Ich versichere, die vorstehenden Angaben richtig, vollständig und nach bestem Wissen gemacht zu haben.

Ich bin damit einverstanden, dass das Integrationsamt den o. g. schwerbehinderten Menschen von diesem Antrag informiert und von ihm erforderliche Auskünfte und Unterlagen abfordert.

Ich bin darüber unterrichtet, dass die personenbezogenen Daten zur Erfüllung der Aufgaben des Integrationsamtes erforderlich sind und gespeichert und verarbeitet werden. Die Erhebung dieser Daten erfolgt auf der Grundlage der §§ 35 SGB I, 67 ff. SGB X. (Beachten Sie dazu das anliegende Hinweisblatt zum Datenschutz.)

Ich bestätige, dass der / die Beschäftigte über die Antragstellung informiert wurde. Ihm / Ihr wurde das beiliegende Hinweisblatt für Arbeitnehmer ausgehändigt.

Ich versichere, stets einen Lohn zu zahlen, der seiner Höhe nach dem entspricht, was das Gesetz zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohnes (Mindestlohngesetz) vorschreibt bzw. dem was zukünftig auf der Grundlage des Mindestlohngesetzes durch die Mindestlohnkommission festgelegt wird.

Ort, Datum

Stempel und Unterschrift des/ der
Antragstellers/ Antragstellerin:

Sie werden im Folgenden entsprechend den gesetzlichen Vorschriften gemäß Art. 13 und 14 der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (EU-DSGVO) informiert:

Verantwortlich für die Datenverarbeitung ist das

Landesamt für Soziales und Versorgung
des Landes Brandenburg,
Lipezker Str. 45, Haus 5
03048 Cottbus

Telefon: 0355 2893-0

Telefax: 0331 27548-4523

E-Mail: post@lasv.brandenburg.de

Internet: www.lasv.brandenburg.de

Das Landesamt wird vertreten durch die Präsidentin Frau Christina Schröter.

Mit der **Datenschutzbeauftragten** des Landesamtes für Soziales und Versorgung des Landes Brandenburg (LASV) können Sie unmittelbar auf den folgenden Wegen Kontakt aufnehmen:

Landesamt für Soziales und Versorgung
Gabriele Jaron
Lipezker Str. 5, Haus 5
03048 Cottbus

Telefon: 0355 2893-133

E-Mail: datenschutz@lasv.brandenburg.de

Ihre personenbezogenen Daten sind für folgenden **Zweck** erforderlich: Erfüllung der Aufgaben des Integrationsamtes nach § 185 SGB IX zur Durchführung der besonderen Regelungen zur Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben.

Rechtsgrundlage für die Datenverarbeitung sind Art. 6 Abs. 1 Buchstaben a und e sowie Art. 9 Abs. 2 Buchstaben a und b der EU-DSGVO, § 3 des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) und § 5 Abs. 1 des Brandenburgischen Datenschutzgesetzes (BbgDSG), §§ 67 ff. SGB X.

Ihre Angaben sind freiwillig. Wenn Sie keine Angaben oder keine vollständigen Angaben machen, können wir Ihren Antrag aber möglicherweise nicht richtig bearbeiten.

Wir geben Ihre personenbezogenen Daten an Dritte weiter, wenn Sie hierzu eingewilligt haben oder eine gesetzliche Vorschrift eine **Datenübermittlung** ausdrücklich vorsieht.

Ihre Daten verarbeiten wir nur solange sie für den vorgenannten Zweck einschließlich etwaiger Rechtsbehelfsverfahren und kostenrechtlicher Abwicklung, zur Wahrnehmung der Dienst- und Fachaufsicht sowie zur Bearbeitung von Eingaben, Auskunftersuchen und Beschwerden, **erforderlich sind** und darüber hinaus gemäß den gesetzlichen Nachweis- und Aufbewahrungsfristen.

Nach der EU-DSGVO haben Sie **folgende Rechte**:

- Sie können von uns **Auskunft** über Ihre Daten verlangen, die wir gespeichert haben.
- Sie können von uns verlangen, Ihre Daten zu **berichtigen**, wenn sie unrichtig sind.
- Sie können von uns verlangen, Ihre Daten zu **vervollständigen**, wenn sie unvollständig sind.
- Sie können von uns verlangen, Ihre Daten zu **löschen**, wenn wir sie nicht mehr benötigen. Dies könnte insbesondere dann der Fall sein, wenn Sie Ihren Antrag zurücknehmen oder der Verarbeitung Ihrer Daten widersprechen.
- Sie können von uns verlangen, die Verarbeitung Ihrer Daten **einzuschränken**. Das können Sie insbesondere dann tun, wenn Sie verlangt haben, Ihre Daten zu berichtigen und noch nicht geklärt ist, ob die Daten tatsächlich unrichtig sind.
- Sie können von uns verlangen, Ihre Daten zur Übertragbarkeit **bereitzustellen**.
- Sie können Ihre Einwilligung in die Verarbeitung Ihrer Daten jederzeit **widerrufen**. Der Widerruf gilt aber nicht rückwirkend. Er macht die vor dem Widerruf stattgefundenen Verarbeitung Ihrer Daten nicht rechtswidrig.
- Sie können der Verarbeitung Ihrer Daten durch uns und der Übermittlung an Dritte jederzeit **widersprechen**.

Bei **Fragen oder Beschwerden** können Sie sich auch an die zuständige Aufsichtsbehörde wenden:

Die Landesbeauftragte für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht Brandenburg

Dagmar Hartge
Stahnsdorfer Damm 77
14532 Kleinmachnow
Telefon: 033203 356-0

Telefax: 033203 356-49

E-Mail: poststelle@lda.brandenburg.de

Internet: www.la.brandenburg.de